Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1926

1.10.1926 (No. 227)

Visual Library

№ 227 Freitag, den 1. Oktober 1926 169. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrichstraße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft u. Bildung, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Bad. Landtags

Wirtschaftliche Umschau

Die neue Konzentrationsbewegung in der deutschen Wirtschaft, die das Ziel der Rationalisierung der Produktion hat, ganz im Gegensatz zu den verschiedenartigen, hauptsächlich spekulativen Ideen entsprungenen, häufig auch ziemlich planlosen Trustbildungen der Inflationszeit, ist sichtlich noch nicht zum Stillstand gekommen. Sogar in den beiden **größten Gebilden**, dem **Farbentrust** und dem **Stahltrust**, zeigen sich weitere Ausbreitungstendenzen, und wir sehen, wie, nachdem deutsche Zentren geschaffen wurden, über die Reichsgrenzen, ja selbst über Europa hinaus, sich weitere Entwicklungen durch die im Gange befindlichen Vereinbarungen über Produktion und Preisgestaltung anbahnen. Eine nicht weniger große Rolle als die finanziellen Gesichtspunkte spielen bei dieser Konzentration auch technische Fortschritte. Wir sehen dies insbesondere beim Farbentrust, seinen Zusammenschlüssen mit der Kunstseidenproduktion und seinen Plänen mit der Verflüssigung der Kohle. Der Stahltrust oder Stahlverein, wie er neuerdings in Abkürzung der Bezeichnung „Vereinigte Stahlwerke" genannt wird, plant eine weitere Vergrößerung, vor allem um Ersparnisse in der Verwaltung herbeizuführen. Es handelt sich anscheinend um mehrere Gesellschaften, die mit den Vereinigten Stahlwerken oder einzelnen Gründerwerken fusioniert werden sollen.

Auch die **deutsche Kohlenproduktion** hat große Pläne. Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat will eine große Aktiengesellschaft zur Ausnutzung von Nebenprodukten der Kohle gründen, wobei insbesondere an die **Gasfernversorgung**, auch die Belieferung **Süddeutschlands** von den rheinischen Zechen, später von Zentralgaswerken aus gedacht ist. Daneben betreibt das Ruhrkohlensyndikat unabhängig von den Bestrebungen des Farbentrusts die industrielle Verwertung der Verflüssigung der Kohle, und zwar nach dem Verfahren von Geheimrat Fischer, wozu die Vollendung einer großen Versuchsanlage in Mülheim bevorsteht. Man kann hier annehmen, daß damit die Kohlenproduktion sich dagegen zu wehren anschickt, daß sie in Abhängigkeit von der chemischen Industrie gerate. Die Ruhrkohle hat übrigens sich seit jeher geschickt zu wehren verstanden. In der Vorkriegszeit hat sie einen erfolgreichen Kampf gegen die süddeutschen Wasserkräfte geführt und mit Erfolg deren Ausbau und damit auch die Elektrifizierung der Bahnen gehemmt. Wenn sie jetzt zur Ferngasversorgung bis nach Süddeutschland übergehen will, so ist dies gleichfalls ein Versuch zur Selbstbehauptung, um der Kohle weiteren Absatz zu sichern und zu größerem Konsum anzuregen. Für die Ferngasversorgung spricht die Tatsache, daß Verluste im Gegensatz zur Fernübertragung elektrischen Stromes in viel geringerem Maße eintreten, daß große Zentralanlagen, mit Ausnahme eines Zentralreservoirs, **zunächst** nicht erforderlich sind, sondern lediglich der Bau der allerdings sehr kostspieligen Leitungen und die Errichtung von Druckstationen. Für das Fischer'sche Kohlenverflüssigungsverfahren sind auch, wie es heißt, große Koksmengen erforderlich, so daß die Frage der Verwendung des anfallenden, sonst schwer absetzbaren, Kokses dadurch gelöst würde. In diesen Tagen wurde vom Ruhrkohlensyndikat bereits eine Studiengesellschaft, die Vorläuferin einer großen Gesellschaft für Koksverwertung, begründet. Es handelt sich um die bestmöglichste Verwendung der Ruhrkohle. Schwerverkäufliche Brennstoffe sollen in andere, besser absetzbare Energiearten oder Stoffe umgewandelt und abgesetzt und minderwertige in erster Linie auf den Zechen selbst verfeuert werden. Um welch große Pläne es sich handelt, geht daraus hervor, daß man von einer neunstelligen Ziffer des Aktienkapitals der neuen Gesellschaft spricht. Zu verwirklichen sind die Pläne nur, wenn eben billigeres Gas als durch die kommunalen Anstalten geliefert werden kann, die übrigens nach dem Plan nicht ausgeschaltet werden, sondern lediglich beliefert werden und als Verteiler funktionieren sollen.

Das **kontinentale Stahlkartell**, die Vereinigung der Stahlproduzenten Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs ist nun für 5 Jahre zustandegekommen, und zwar unter Zustimmung der Regierungen. Wenn auch Deutschland nur eine Produktion entsprechend etwa drei Viertel seiner Leistungsfähigkeit zugebilligt wurde, während die Industrien der anderen Länder höhere Beteiligungsziffern durchsetzten, so liegt doch für Deutschland ein erheblicher Nutzen darin, daß es nun möglich wird, die Preise auf den internationalen Märkten zu revidieren. Man kann nun hoffen, daß eine Anpassung der Preise eintritt, welche es auch der deutschen Fertigindustrie gestattet, gegen die ausländische Konkurrenz mit gleichen Preisen aufzutreten. Es ist weiter in Aussicht genommen, daß sich auch Polen und die Tschechoslowakei dem Kartell anschließen.

*

Auf dem kürzlich abgehaltenen deutschen Städtetag kam auch das **Problem der Erwerbslosigkeit**, vor allem vom Standpunkte der Gemeinden aus, zu ausführlicher Erörterung. Dabei kamen auch verschiedene Bedenken allgemeiner Art gegen manche augenblicklich herrschenden Ansichten zum Ausdruck, denen zwar schließlich die Tagung nicht zustimmte, auf die aber dennoch hier eingegangen sei, nachdem nun einer der führenden Volkswirtschaftler der Welt, Prof. **Cassel**-Stockholm, gleichfalls Bedenken gegen das heutige System der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Ländern ausgesprochen hat.

Prof. Cassel wirft die Frage auf, ob **Notstandsarbeiten** in der Tat geeignet seien, die Arbeitslosigkeit zu verringern. Er geht davon aus, daß außerordentlich bedeutende Beträge ausgeworfen werden, um der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten, während gleichzeitig alle Staaten im Interesse ihrer nationalen Wirtschaft die größten Anstrengungen machen müssen, um zu sparen. Dabei handle es sich heute überall bei der Erwerbslosigkeit offensichtlich um eine Dauererscheinung, grundverschieden von der wechselnden Konjunkturerwerbslosigkeit der Vorkriegszeit. Die Staaten sind genötigt, für die Notstandsarbeiten Kapital zu schaffen und die Steuerschraube scharf anzuziehen. Dadurch behindern sie natürlich die Kapitalbildung der Wirtschaft und damit eine Ausdehnung der Unternehmertätigkeit, die neue Arbeitsgelegenheit schaffen könnte. Es entsteht nun die Frage, ob durch Notstandsarbeiten, besonders solche, welche ihrer ganzen Natur nach einfach nicht so rationell durchgeführt werden, wie die Arbeiten in gut geleiteten Privatbetrieben, so nicht mehr Beschäftigung verhindert, als neugeschaffen wird. Auch Einschränkung von Staatsausgaben scheine kein Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, dann nämlich, wenn andere Arbeiten zur Seite geschoben werden. Ebenso wirke zu scharfe Besteuerung des Reichtums, welche teils die Kapitalbildung behindere, teils den Konsum der Reichen in Qualitätserzeugnissen einschränke, zweischneidig.

So läuft die Frage in der Tat auf **die richtige Verwendung des Kapitals und der Arbeitskräfte** hinaus. Bei uns spricht man von produktiver Erwerbslosenfürsorge, ein freilich sehr weiter Begriff. Einige Überlegung muß uns aber sagen, daß gerade hier eine genaue Umschreibung unbedingt notwendig ist. Es genügt nicht, daß die Notstandsarbeiten sich nach gewisser Zeit verzinsen, was ja bei öffentlichen Anlagen und Monopolen durch Anspannung der Tarife auch künstlich zu machen ist. Die Anlagen müssen **preiswert** arbeiten können, dürfen die Allgemeinheit nicht belasten, sondern müssen sie im Gegenteil entlasten, dabei zum Konsum anregen, bessere Produktionsbedingungen vorbereiten und **möglichst bald** in dieser Richtung wirksam werden. Im andern Fall schafft man kapitalschluckende Anlagen, welche aus den oben angeführten Gründen letzten Endes die Arbeitslosigkeit vermehren müssen.

Man kann die zwingenden Gründe Prof. Cassels nicht übersehen, der auch darauf hinweist, daß am besten durch möglichst **große Beweglichkeit die Arbeitskraft** und ihre Einsetzung entsprechend der jeweiligen Marktlage die Erwerbslosigkeit bekämpft würde. Viele Hindernisse stellen sich einer natürlichen Gesundung, die übrigens gerade die wertvollen Glieder im Volkskörper von sich aus suchen entgegen. Es sei nur an den die Freizügigkeit behindernden Wohnungsmangel, die Behinderung der Binnenkolonisation, die Schwierigkeiten für Auswanderer, die mannigfachen Hemmnisse durch Interessenten und deren Organisationen erinnert, wozu noch gewisse Müdigkeitsmomente kommen, die ebenso durch die Kriegs- und Nachkriegsleidenszeit hervorgerufen, wie durch mancherlei, die harten Tatsachen übersehende Doktrinen auf sozialem Gebiet gefördert werden. Wir müssen auch, trotz der gegenwärtigen Besserung auf dem Arbeitsmarkt mit Enttäuschungen rechnen, von denen uns in erster Linie eine Besserung der Weltmarktlage, Verständigungen unter den Völkern, wie sie durch die Weltwirtschaftskonferenz und internationale Wirtschaftsabmachungen angestrebt werden, bewahren könnten. Eine Erleichterung in Deutschland ist in etwa 8 Jahren, wenn der Geburtenrückgang im Kriege sich im verminderten Zugang von Arbeitskräften ausdrückt, möglich. Bis dahin kann man natürlich nicht warten und Staat und Allgemeinheit bleiben die Aufgaben und Pflichten gegenüber dem so schwierigen und komplizierten Problem, das immer wieder Betrachtung nach allen Seiten verlangt.

***

Das wäre ein Bund...

Von Bürgermeister J. F. Amberger-Heidelberg

In der Berner Zeitung „Der Bund" finden wir die folgenden **„Betrachtungen eines Grenzlanddeutschen"**:

Langsam, nur langsam fallen die dichten Schleier des Hasses und der Verhetzung zwischen den europäischen Völkern, und damit wird es einem Angehörigen des besiegten Landes leichter, über ein Thema sich zu äußern, das über den meisten diplomatischen Erörterungen schwebt und dessen Lösung das Antlitz des künftigen Europas entscheidend beeinflussen wird: **das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland.** Die ganze Bedeutung der Frage wird klar im Lichte geschichtlicher Betrachtung der jüngsten Vergangenheit. Ein aufrichtiges Freundschaftsverhältnis zwischen beiden Mächten hätte den Weltkrieg verhindert. Das latente Feindschaftsverhältnis hat den Ausbruch des Weltkrieges überhaupt erst ermöglicht. Die Schicksalsfrage der beiden Völker einer aufrichtigen, ehrlichen und dauerhaften Lösung entgegenzuführen, ist wahrlich des Schweißes der Edeln wert.

Unmöglich ist jede Gewaltlösung, wie sie einem Bernhardi, oder einem Déroulède der Vorkriegszeit, oder vielleicht einem Poincaré von 1923 vorgeschwebt haben mag. Das kann im besten Falle ein Weilchen unheimliche Friedhofsruhe geben, die aber bald durch immer stärkere Fäulnisschwaden unerträglich wird und schließlich sich in irgendeiner neuen Katastrophe entlädt, deren Folgen nicht abzusehen sind. Der Besitz von Landstrichen „zur militärischen Sicherung" will bei der jetzigen und noch mehr bei der zu erwartenden Entwicklung der Vernichtungstechnik fast nichts bedeuten. Daher mögen die säbelrasselnden Generäle und ihre literarischen Stabstrompeter schweigen: sie sind nicht die rechten Werkgenossen beim großen Bau. Solche rein militärisch angehauchten Geister, welche das ganze Problem als ein technisch-mechanisches auffassen und es durch die entsprechende „Sicherheitsgrenze" erledigen, verkennen ganz und gar den Begriff der **Nation**, wie er sich im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts in Europa gebildet hat. Daß sich diese Militärpolitiker in beiden Lagern „Nationalisten" nennen, ist das fast Drollige an der Sache. Noch vor 120 Jahren war es Napoleon ziemlich leicht, den Rheinbund zu gründen. Es gab kaum den Begriff der deutschen Nation; 90 Prozent des Volkes hatten überhaupt kaum Beziehungen zum Staat außer der einen, Abgaben zu leisten. Der Fürst und sein Beamtenkörper, dazu die paar Adelsfamilien und wenige bürgerliche Familien machten den Staat aus. Die Masse des Volkes war fast bedeutungslos, wenn es sich um Staatsfragen handelte. Solche Volksmasse, äußerlich durch irgendeine Dynastie vereinigt, konnte wie eine Schachfigur auf dem Diplomatenbrett hin und her geschoben werden, ohne daß größere Schwierigkeiten entstanden. Die glänzende Ausnahme, die das Schweizer Volk bereits damals bildete, bestätigt nur die allgemeine Regel.

Das ist jetzt ganz anders geworden. Tausendfach sind die Beziehungen jedes einzelnen zu seinem Staat. Erziehung, Bildung, Wirtschaft und alle wesentlichen Lebensäußerungen des Einzelmenschen stehen in engster Wechselwirkung zur Staatsgemeinschaft, zur Nation. Dadurch verkettet und verflicht sich jedes Einzelschicksal, jeder Volksteil und jeder Landesteil eng und fest mit dem Ganzen; die gewaltsame Losreißung eines Teils reißt eine stets schwärende Wunde am Ganzen und bewirkt die Dauererkrankung des abgerissenen Gliedes, das nur durch seine Wiedervereinigung mit dem Ganzen geheilt werden kann. Alle diese Tatsachen gab es früher nicht, als der Begriff des Nationalstaates noch eine Chimäre war. Darin liegt des Rätsels Lösung, warum 1923 auf die sogenannte „Separatistenbewegung" im Rheinland nur die Militärs in ihrer grotesken Verkennung des Volkslebens gewisse Hoffnungen bzw. Befürchtungen hegen konnten. Von diesen bedeutungsvollen

Tatsachen sollten aber auch manche Schachbrettdiplomaten endlich Notiz nehmen. Die Welt sieht anders aus als zu Zeiten Talleyrands. In Versailles wurde leider auch gar zuviel Schachbrettarbeit geleistet und so Gebilde geschaffen, die dem Geist der modernen Zeit ins Gesicht schlagen.

Die Staatsmänner, welche in den letzten Jahren die Frage Frankreich-Deutschland behandelten, haben den Erfordernissen der neuen Zeit etwas besser gedient. Sie schenkten der Welt Locarno, freilich nur ein diplomatisches Locarno. Seien wir dankbar für diese notwendige — Vorbereitung. Nun hören wir neuerdings von einem Locarno der Wirtschaft, dem Bund zwischen französischem Erz und deutscher Kohle. Wenn man sich die Persönlichkeiten ansieht, die auf beiden Seiten Träger dieses Paktes sind, so kann man sich eines ironischen Lächelns nicht erwehren bei dem Gedanken, daß mancher von diesen Herren seinen nationalistischen Paraderock, in dem er als Innenpolitiker vor der staunenden Menge zu agieren gewohnt war, hat ausziehen müssen, ehe er sich im Geschäftsrock am gemeinsamen Tisch niederließ. Auch dieses Locarno ist in unserer kapitalbeherrschten Zeit eine Notwendigkeit. Aber es ist nicht die feste Brücke, die die beiden Völker brauchen. Wenn morgen der Rechenstift der Erz- und Kohlenherren ein anderes Ergebnis zeigen würde als heute, so ist dieser Pakt ein „Fetzen Papier", um dieses grausig-tragische Wort der Weltgeschichte noch einmal bei solcher Gelegenheit zu gebrauchen. Diese Pakte, diktiert von den reinen Wirtschaftsinteressen, gleichen sehr „den Küssen der Monarchen auf beiden Wangen", wie es früher —und auch heute noch — bei den Fürstenbegegnungen so schön heißt.

Was wir brauchen, wenn das große Werk richtig und dauerhaft gelingen soll, ist ein **Locarno der Herzen . . .** gewiß, jetzt noch eine Phrase und dennoch eine absolute Notwendigleit. Dieses Locarno der Herzen ist schwer, sehr schwer und kann nicht an irgendwelchen schönen Ufern eines Lago Maggiore abgeschlossen werden. Dazu bedarf es ganz anderer Anstrengungen von Menschen, die eines guten Willens sind. Aber ist ein solches Locarno unmöglich? Nein, wenn die beiden Völker in sich selbst wieder all die bereits verschütteten, tiefen Erlebnisse der Weltkatastrophe wach werden lassen, wenn die Frontsoldaten, die die Tage des Dreckes, des Blutes und des Jammers durchlebt haben, sich verbinden mit ihren Müttern und Frauen, denen der Krieg als grausiges Todes- und Hungergespenst tagtäglich und jahrelang erschienen ist, wenn die von solchen Erinnerungen aufgelockerten Herzen gegenseitig sich berühren und miteinander Völkerzwiesprache halten, dann ist das Wunder möglich.

Einmal ist ein solch großer weltgeschichtlicher Augenblick an uns vorübergegangen . . . Es war im Sommer 1917 zur Zeit der Papst-Friedensnote, die davon sprach, daß die Waffenehre beider Mächtegruppen gewahrt sei, und einen Frieden ohne Sieger und Besiegte vorschlug. Damals lagen in den Erdlöchern zwischen dem Kanal und Basel Millionen Männer, die das böse Wort Feigheit nicht kannten, aber mit ihrem ganzen Sein bereit waren zu einem allumfassenden, aufrichtigen „Locarno der Herzen". Im Fegfeuer eines furchtbaren, jahrelang wütenden Kampfes, dessen Wesen, Zweck, Ziel und Ende diese tapferen Männer nicht begreifen und verstehen konnten, hatte sich in ihnen der innere Starrkrampf gelöst und sie zur Erkennntis gebracht, daß die feindlichen Völker durch eine unglückselige Schicksalsverkettung in diesen Kampf getrieben wurden, welcher wie ein Naturereignis blind und sinnlos über sie hereingebrochen war. Damals hat keiner der Führenden auf beiden Seiten eine öffentliche Rede gehalten ohne krampfhaft zu versichern: „Ich habe es nicht gewollt." Und was ist der berüchtigte Artikel im Vertrag von Versailles über die Kriegsschuldfrage anders als ein Versuch einiger Ententestaatsmänner, die über allen Staatsführern schwebende Verantwortung für das grausige Geschehen ihren eigenen Völkern gegenüber zu vertuschen, indem man formell die Besiegten zum Unterschreiben einer Urkunde gezwungen hat.

Man hat den Völkern verschiedene Kriegsursachen und -zwecke vorgeredet. Der englisch-deutsche Interessengegensatz auf dem Weltmarkt, die elsaß-lothringische Frage, das Streben Deutschlands nach dem Imperium u. dergl. mehr. Alles sind nur klägliche **Versuche einer Sinngebung,** wo ein absolut sinnloses Ereignis vorliegt. Das ist das Entsetzlichste und Schwerste dieses Krieges, daß die Frage nach dem Warum dieser unsagbaren Opfer ewig eine negative Antwort erhalten wird. Heute versucht man bereits wieder diese tiefste Erkenntnis von der Sinnlosigkeit der Weltkriegskatastrophe zu verdunkeln und zu verwischen. Im Höhepunkt des Kriegsgeschehens war dies aber eine lebendige, durch das Erlebnis gewonnene Wahrheit der Männer, die am schwersten von der Katastrophe betroffen wurden. An dieser in den Schützengräben gewonnenen Erkenntnis sollten nachträglich die Doktoren und Quacksalber der Weltgeschichte nicht rütteln und m''keln.

Die leidenden Völker des Weltkrieges durften erwarten, daß im Jahre 1917 die Katharsis des Völkerdramas erfolgte, die Lösung und Auflösung des entsetzlich verschlungenen Schicksalsknotens und damit die Erlösung aller. Der große Augenblick fand zwar kein kleines Geschlecht, aber eine Reihe unfähiger und verblendeter Staatsführer, deren furchtbare Unterlassungssünden in den Tafeln der Weltgeschichte tief eingegraben wurden. Statt eines Friedens, der den Ehrentitel eines europäischen Lorcarnofriedens verdient hätte, trieb man zur Katastrophe und damit verflog bei den einen unter den schmetternden Siegesfanfaren die Hochstimmung der Herzen, die uns einen wahren Frieden gegeben hätte; bei den andern mußte die Stimme der Sehnsucht nach solchem Frieden gewaltsam zum Schweigen gebracht werden, weil sie sonst als militärisch Besiegte wie Bettler vor den Siegreichen erschienen wären; einen wahren Völkerfrieden aber gibt es nicht, wenn ein freies Volk seinen Stolz, seine Ehre und seine Selbstsicherheit zum Opfer bringen muß.

Soll, was im Augenblick ausgeschlagen, uns keine Ewigkeit zurückbringen? Sollen wir nicht doch den Glauben haben dürfen, daß das, was einmal möglich war, in der Zukunft Wahrheit und Wirklichkeit werden kann, wenn die letzten, grellen Siegesfanfaren, die die Sieger und die Besiegten in Haßpsychose halten wollen, endgültig verhallt sind? Dieser feste Glaube und seine werktätige Anwendung ist der beste Dienst am eigenen Volke und an der Menschheit. Mit ihm im Herzen können wir auch an die stillen Massengräber unserer Kriegskameraden treten mit dem Gebet:

Requiscant in pace!

Politische Neuigkeiten

Die Zusammenkunft Chamberlain-Mussolini

hat am Donnerstag in **Livorno** stattgefunden, und zwar an Bord der englischen Yacht „D lphin". Nach einer kurzen Unterredung allgemeinen Charakters zogen sich Mussolini und Chamberlain auf die Schiffsbrücke zurück, wo sie bis kurz nach 1 Uhr eine Aussprache hatten. Chamberlain und Mussolini begaben sich alsdann in Begleitung ihres Gefolges an Bord der italienischen Yacht „Giuliana" um an einem Frühstück im engsten Kreise teilzunehmen.

Die „Agencia Stefani" gibt folgende Mitteilung aus: „Die Besprechungen zwischen den beiden Staatsmännern, die, wie man weiß, durch Beziehungen gegenseitiger persönlicher Freundschaft mit einander verbunden sind, sind bisher in herzlicher Weise verlaufen. Die beiden Minister haben die wichtigsten internationalen Fragen der Stunde geprüft und dabei die Genugtuung gehabt, die Intimität der englisch-italienischen Beziehungen und die Gleichheit der von den beiden Regierungen für die Lösung der wichtigsten europäischen Probleme eingehaltene Linie zu bestätigen."

*

WTB. **London,** 1. Okt. (Tel.) Chamberlain empfing gestern den Berichterstatter des „Daily Telegraph" und erklärte ihm: Als Mussolini gehört habe, daß er seine Ferien in italienischen Gewässern verlebe, habe der italienische Ministerpräsident den Wunsch ausgesprochen, ihn zu treffen, und er habe gerne zugesagt. — Auf die Frage des Berichterstatters, ob die Unterredung mit Mussolini auch wichtige **politische Probleme** berührt habe, erwiderte Chamberlain: Wenn Sie das amtliche Kommunique gelesen haben, so wissen Sie alles was wir erörtert haben. Über Politik haben wir **sehr wenig** gesprochen; denn unsere Unterredung war zum größten Teil wie die von zwei Freunden. Chamberlain sagte schließlich, daß er nach Genua fahre, von wo aus er nach **Paris** und London weiterreisen werde.

Einer Agenturmeldung aus **Rom** zufolge hat der italienische Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten der Presse erklärt, die Veranlassung zu der Konferenz zwischen Mussolini und Chamberlain sei nicht die **Tangerfrage** gewesen, sondern **„Fragen von weit größerer Bedeutung".** — Der römische Berichterstatter des „Daily Telegraph" meldet, daß die **italienische Regierung** die Besorgnis der italienischen Presse über die Nachrichten von einer Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland nicht geteilt habe.

Der Fall Germersheim

Wie aus Berlin mitgeteilt wird, wird der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. **Bell,** ständig über den Fortschritt der Untersuchung des Germersheimer Falles durch die bayerische Gesandtschaft auf dem Laufenden gehalten. Es haben inzwischen mehrfach Besprechungen unter den beteiligten Berliner Stellen (Reichsministerium für die besetzten Gebiete, Auswärtiges Amt, bayerische Gesandtschaft) stattgefunden, an denen in den letzten Tagen auch der von Coblenz herübergekommene **Reichskommissar,** Botschafter Freiherr Langwerth von Simmern, teilnahm. Auch in Coblenz haben bereits vorläufige Besprechungen zwischen Vertretern des Reichskommissariats und der Interalliierten Rheinlandskommission stattgefunden. Der Abschluß der Unterredungen ist in wenigen Tagen zu erwarten, so daß alsdann die erforderlichen **amtlichen Schritte in Coblenz und Paris** erfolgen werden.

*

Der von dem französischen Leutnant Rouzier getötete Arbeiter Emil **Müller** wurde am Donnerstag nachmittag unter Anteilnahme der gesamten Bevölkerung der Stadt Germersheim und einer großen Anzahl von Leidtragenden aus der ganzen Pfalz zu Grabe getragen. Die Geschäfte waren während der Beerdigung geschlossen. Unter dem Geläute der Glocken der Germersheimer Kirchen beider Konfessionen und unter den Klängen eines Trauermarsches setzte sich der riesige Zug langsam in Bewegung. Nach der Einsegnung der Leiche durch den katholischen Stadtpfarrer hielt der **Regierungspräsident** der Pfalz im Namen der bayerischen Staatsregierung eine Ansprache. Danach ergriff der erste Bürgermeister von Germersheim, **Schmidt,** das Wort. Er betonte, daß Müller auf dem Felde der Ehre gefallen sei, gefallen zu Ehren Deutschlands. Der Landtagsabgeordnete, Chefredakteur **Bernzott,** gab dem Wunsche Ausdruck, daß der Tod Müllers dazu beitragen möge, die pfälzische Heimat von fremder Besatzung zu befreien. — Die französische Besatzung zeigte sich während der Beisetzungsfeierlichkeiten nicht auf den Straßen der Stadt.

*

Im Völkerbundssekretariat zu Genf erklärt man zu dem Appell, der von der Germersheimer Stadtbehörde an den Völkerbund gerichtet wurde, daß nur Regierungen und nicht städtische Behörden an den Völkerbund gelangen können.

Landgerichtsdirektor Hoffmann vom Amte suspendiert. Wie das „B. T." meldet, hat der preußische Justizminister den demokratischen Landtagsabg. Bohner in einem Schreiben auf dessen Frage mitgeteilt, daß der Magdeburger Landgerichtsdirektor Hoffmann durch Beschluß des Disziplinarsenats vom 28. September vom Amte suspendiert ist. Landgerichtsdirektor Hoffmann hatte in der Magdeburger Affäre dem Untersuchungsrichter **Kölling** den Rücken gesteift. Gegen den Landgerichtsrat Kölling ist ein gleicher Beschluß des Disziplinarsenats bisher noch nicht gefaßt worden. **Bis jetzt befindet** sich Kölling allerdings noch im Urlaub.

Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei

Der Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei, der die Konferenz der Ländervertreter und die Sitzung des Zentralvorstandes der Partei und des eigentlichen Parteitags umfaßt und sich über vier Tage erstreckt, hat am Donnerstag in **Köln** seinen Anfang genommen. Den Auftakt der Tagung bildet die Konferenz aller deutschen Landagsfraktionen und des preußischen Staatsrates, sowie der Mitglieder der Deutschen Volkspartei. Abg. **Campe** eröffnete die Sitzung. Zur Leitung der Tagung wurden v. Campe, Leidig, Burger, Dingeldey, Leutheuser und Jarres berufen.

Der russisch-litauische Vertrag

Eine Nachricht der „Times", wobei in einer russischen Note **Wilna** als litauisches Territorium anerkannt wird, obgleich es sich im Besitze Polens befindet, hat in Polen eine große Erregung hervorgerufen. Nach halbamtlichen Meldungen aus **Warschau** hat det als Minister des Äußern während der Abwesenheit Zaleskis amtierende Vizeminister Knoll den russischen Gesandten zu einer Konferenz gebeten, um die Lage zu klären. Die Warschauer Presse führt gegen Rußland und Litauen eine sehr scharfe Sprache. Der „Kurjer Poranny" schreibt, daß es Pflicht der polnischen Regierung sei, mit aller Energie festzustellen, daß derartige Dokumente, wie sie Tschitscherin und Slesevicius verfertigt hätten, nicht einmal das Papier wert seien, auf dem sie geschrieben sind. Die ebenfalls dem Regierungslager angehörende „Expreß Poranny" erklärt, Litauen sei nichts anderes, als die gegen Polen gerichtete Vorhut Sowjetrußlands. — Die rechtsstehende „Rzeczjospolita" spricht von einer Vergewaltigung des Vertrages von Riga und ist überzeugt, daß der neue russisch-litauische Vertrag in Europa eine sehr gefährliche Lage schaffe.

Das Verfahren gegen Landgerichtsdirektor Jürgens. Wie eine Korrespondenz meldet, ist gestern bei dem Verteidiger des Landgerichtsdirektors Jürgens, Justizrat Werthauer, ein Schreiben eingegangen, in dem Jürgens seine völlige Unschuld beteuert und gegen die Fortdauer seiner Haft protestiert. Die zuständige Strafkammer hat übrigens das Hauptverfahren wegen gewerbsmäßiger Hehlerei und wegen einiger angeblichen Betrugsfälle nicht eröffnet, wogegen die Staatsanwaltschaft Stargard Beschwerde eingelegt hat.

Wilder Streik im Hamburger Hafen. Trotz der Verbindlichkeitserklärung des letzten Schiedsspruches der Schlichterkammer durch den Reichsarbeitsminister haben die Hamburger Hafenarbeiter die Arbeit heute, Freitag morgen nicht aufgenommen. Große Mengen von Schauerleuten und anderen Arbeitern kontrollieren die Schlepper und die Barkassen, die sonst dazu dienen, die Schauerleute an Bord der Schiffe zu bringen. Die in Frage kommenden Sektionen des Deutschen Verkehrsbundes haben für heute vormittag eine Versammlung einberufen, in der eine weitere Aufklärung gegeben werden soll.

Keine Hetzfilme mehr. Nach Blättermeldungen aus **Paris** wurde in einer Vollsitzung des internationalen Filmkongresses ein Vorschlag angenommen, der besagt, daß allen an der Filmherstellung beteiligten Kräften empfohlen werden soll, jegliche Darstellungen zu vermeiden, die geeignet erscheinen, die Völker zu entzweien. Ein Antrag der belgischen Delegation, der dahin ging, daß durch eine allzuenge pazifistische Einstellung die von den Soldaten und der Zivilbevölkerung zur Verteidigung ihres Vaterlandes gebrachten Opfer nicht ganz unberücksichtigt bleiben dürfen, wurde abgelehnt.

Beschlagnahme von Maschinen in Österreich. Wie die „Wiener Neuesten Nachrichten" erfahren, haben die Organe der **Interalliierten Militärkommission** vor einigen Tagen in der unmittelbaren Umgebung Wiens mehrere hundert Maschinen beschlagnahmt, welche angeblich für die Herstellung von Munition und Kriegsgerät verwendet werden könnten. Es handelt sich ausschließlich um Maschinen aus den ehemaligen Wöllersdorfer Beständen, die industriellen Zwecken zugeführt werden sollten. Da es sich um sehr bedeutende Werte — etwa 30 Waggons Ladung — handelt, ist von österreichischer Seite Einspruch gegen die Beschlagnahme erhoben worden.

Rücktritt der polnischen Regierung. Die polnische Regierung ist jetzt zum zweitenmal zurückgetreten. Wie der Sejm-Marschall Ratar bei Eröffnung der Donnerstagabendsitzung des polnischen Landtages mitteilte, ist die Regierung Bartel zurückgetreten. Die Gesamtdemission wurde vom Staatspräsidenten angenommen. Die Sitzung des Landtages wurde daraufhin geschlossen. Über den sozialdemokratischen Antrag, der Landtag möge seine Auflösung beschließen, wird erst in der nächsten Sitzung, die bisher noch nicht angesetzt wurde, abgestimmt werden.

Kurze Nachrichten

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten sind nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats **September** mit 142,0 gegenüber dem Vormonat (142,5) um 0,4 Proz. **zurückgegangen.**

Unveränderte Großhandelsindexziffer. Die auf den Stichtag des 29. September berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem 22. September mit 126,7 unverändert.

Der frühere Berliner Polizeipräsident v. Jagow, der das Amt des Hauptgeschäftsführers des Pommerschen Landbundes inne hatte, tritt, wie die „Voss. Zeitung" berichtet, am 1. Okt. von diesem Posten zurück.

Unterschlagungen beim Roten Kreuz. Der bereits wegen Betrugs vorbestrafte Alois **Forschner,** der vom Roten Kreuz bei der Zentralfürsorgestelle **Düsseldorf** angestellt worden war, hat dem „B. T." zufolge wiederum Unterschlagungen in Höhe von 90 000 M. begangen. Das Gericht verurteilte ihn jetzt zu 2 Jahren Zuchthaus.

Hughes amerikanisches Mitglied des Haager Schiedsgerichtshofes. Präsident Coolidge ernannte Charles Evans **Hughes,** den früheren Staatssekretär, zum amerikanischen Mitglied des Haager Schiedsgerichtshofes.

Abschluß eines türkisch-chinesischen Freundschaftsvertrages. Einer Agenturmeldung aus Konstantinopel zufolge hat die Türkei mit China einen Vertrag der Freundschaft und gegenseitigen Unterstützung abgeschlossen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. In Baden war es auch gestern ziemlich heiter, vereinzelt fiel vorübergehend leichter Regen. Die Temperaturen lagen unverändert wie am Vortage. Heute kam es vielerorts zur Bildung von Morgennebeln, die stellenweise mit Nebelrieseln verbunden waren. Die Luftdruckverteilung ist seit gestern annähernd unverändert geblieben, nur im Norden von Europa hat ine geringe Verschiebung des Isobaren-Bildes um einige Längengrade nach Osten stattgefunden, die aber für unser Land ohne Bedeutung ist. Baden bleibt weiterhin unter Hochdruckeinfluß. **Prognose:** Frühnebel, sonst ziemlich heiter und mild.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Badischer Teil

Die 15. Allgemeine Versammlung der Deutschen Meteorologischen Gesellschaft

findet in **Karlsruhe** in den Tagen vom 3. bis 7. Oktober statt, wofür zahlreiche deutsche Fachgelehrte und ausländische Gäste ihre Teilnahme zugesagt haben. Von führenden Persönlichkeiten werden u. a. erscheinen: Der Präsident der deutschen Seewarte in Hamburg, Vizeadmiral Exzellenz **Dominik**, der Ehrenpräsident der Deutschen Meteorologischen Gesellschaft, Geheimrat **Hellmann**, der Präsident des Preußischen Aronautischen Observatoriums Lindenberg, Geheimrat **Hergesell**, der ordentliche Professor der Meteorologie und Direktor der bayerischen Landeswetterwarte, Dr. **Schmauß**, als Vorsitzender der Deutschen Meteorologischen Gesellschaft, der Direktor des Preußischen Meteorologischen Instituts in Berlin, Professor v. **Ficker** und der Direktor des Instituts für kosmische Physik in Innsbruck, Professor Dr. **Defant**; selbst aus Japan haben sich zwei führende japanische Meteorologen angesagt.

Der wissenschaftlichen Tagung geht eine Konferenz der Direktoren deutscher Meteorologischer Institute am 2. und 3. Oktober unter dem Vorsitz des Geheimrats **Hergesell**, dem Organisator des internationalen ärologischen Beobachtungsdienstes, dem bekannten Freunde des Grafen Zeppelin, im kleinen Sitzungssaale des Rathauses voraus, wo besonders organisatorische Fragen behandelt werden.

Neben dem Reichsverkehrsministerium, dem Reichswehrministerium, der Marineleitung und dem preußischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, den Reichs-, Post- und Bahnbehörden wird auch das badische Staatsministerium und die städtischen Behörden von Karlsruhe vertreten sein.

An Veranstaltungen ist im Rahmen der Tagung außer den Fachsitzungen eine feierliche Eröffnungssitzung in der Aula der technischen Hochschule, ein Begrüßungsabend im Stadtgarten auf Einladung der Stadt Karlsruhe und ein Abend im Landestheater vorgesehen. Weiter findet ein Ausflug im Postauto durch den Schwarzwald nach Baden-Baden, eine Bergbahnfahrt auf den Merkur auf Einladung der Stadt Baden-Baden statt und zum Schlusse ein Ausflug nach Heidelberg mit einer Besichtigung des Schlosses und der Sternwarte auf dem Königsstuhl auf Einladung der Stadt Heidelberg.

Aus den Parteien

Auf Grund eines Beschlusses des geschäftsführenden Ausschusses der **Deutschen Demokratischen Partei** wurde die diesjährige **Landesversammlung**, die im Oktober fällig wäre, mit Rücksicht auf die am 9. und 10. Oktober stattfindende gemeindepolitische Tagung und auf die sich anschließende Wahlbewegung auf die Zeit nach den Gemeindewahlen verlegt. Die Landesversammlung soll am Samstag, den 27 und Sonntag den 28. November d. J. in **Donaueschingen** stattfinden.

Aus der Landeshauptstadt

Dienstjubiläen. Am heutigen Tage blickt Ratschreiber Heinrich **Neudeck** auf eine 40jährige Tätigkeit im Dienste der Stadt Karlsruhe zurück. Herr Neudeck hat in diesen langen Jahren ein schönes Stück der Entwicklung der Stadt mitgemacht. Unter 4 Oberbürgermeistern diente er dem Gemeinwesen. — Die Badmeisterin und Masseuse Frau Rosina **Fischer** im städtischen Friedrichsbad blickt heute auf eine 25jährige Dienstzeit in dieser Badanstalt zurück.

Die Karlsruher Diakonissenanstalt blickt auf ein 75jähriges Bestehen zurück. Aus diesem Anlasse fand eine Jubelfeier statt. Eröffnet wurde sie im Mutterhaus durch das Jubiläum von zwei Diakonissinnen, die im 50. Dienstjahre stehen und 11 Diakonissinnen, die im 25. Jahre ihres Schwesternberufes stehen. Mittwoch nachmittag fand in der Stadtkirche ein Festgottesdienst statt, an dem Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden teilnahmen. Der Hausgeistliche, Pfarrer **Kayser**, schilderte die Erlebnisse der vergangenen Jahre. Die Festpredigt hielt Prälat Dr. **Kühlewein**. Besonders feierlich gestaltete sich die Einsegnung von zehn Schwestern.

Der Fremdenverkehr anläßlich der Ausstellung: „Der Haushalt von 1926". Ein Hauptanziehungspunkt der diesjährigen Herbstveranstaltungen ist die vor wenigen Tagen eröffnete große Ausstellung in der städt. Ausstellungshalle. Nicht nur Einheimische, sondern auch eine große Anzahl von Fremden, namentlich solche aus der benachbarten Pfalz, sind in den letzten Tagen, um die Ausstellung zu besichtigen, nach Karlsruhe gekommen. Das Interessanteste ist die Modenschau. Schon beim Betreten der großen Halle wird der Fremde angenehm überrascht, er sieht keine kahlen Wände, durch die künstlich gespannte Decke wird ein gemütlicher Ton geschaffen, der durch die sinnvolle Blumen- und Teppichausstattung noch erhöht wird. An weißgedeckten Tischen, auf denen die schönsten Stücke der ausstellenden Beleuchtungsfirmen stehen, wird Kaffee, Tee, Bier u. a. m. verabreicht und nun kann sich der Besucher all die schönen Sachen und Sächelchen, die gezeigt werden, in Ruhe und Muse betrachten. Dazwischen Heiteres von Karlsruher Künstlern und Künstlerinnen und Musik einer bekannten Karlsruher Kapelle. Verschiedene Fremde, die speziell wegen der Modenschau hierher gekommen sind, haben dem Verkehrsverein einen Besuch abgestattet und ihrer Freude Ausdruck gegeben über die wohlgelungene populäre Veranstaltung. Ausstellungen haben von jeher verkehrsbelebend gewirkt, was sich bei der Ausstellung „Der Haushalt von 1926" besonders zeigt.

„Der Weg zum Eigenheim für Kriegsbeschädigte" war das Thema eines Vortrags, den Architekt Hugo **Benzinger** am Sonntag im Union-Theater hielt. Er schilderte den Segen des Eigenheims für die Familie, die Volksgesundheit und die Volkswirtschaft und beschrieb dann recht interessant den Weg zum Eigenheim. Er behandelte die Schwierigkeiten des Bauplatzerwerbes und wies daraufhin, daß große Geländestücke des Staates und der Stadt an der engsten Peripherie des Stadtbildes seit Jahren ihrer Erschließung harren. Das Reichsversorgungsgesetz habe durch die Kapitalisierung der Grundrente Möglichkeiten zum Erwerb eines Eigenheimes geschaffen. Der Vortragende beantwortete die Fragen: 1. Welches Objekt kann mit dem verfügbaren Abfindungskapital für den jeweiligen Beschädigungsgrad finanziert werden unter Inanspruchnahme der städtischen und staatlichen Baudarlehen? 2. Wie stellt sich das Verhältnis zwischen dem bisherigen Rentenbezug zur Verzinsung bezw. Mietseinnahme beim Eigenhausbau? Jeder Kriegsbeschädigte sei in der Lage, sich ein Eigenheim zu erstellen. Durch Zusammenschluß der Bauinteressenten aus Beschädigtenkreisen werde ein engeres Zusammenarbeiten zwischen den Kriegsbeschädigtenämtern und der Stadtverwaltung — Abkürzung der Antragsfrist — günstigere Bauplatzpreisgestaltung zu erreichen sein. Die Vorteile des rationalisierten Bauens, die Einflüsse der Typisierung und Normalisierung auf die günstige Preisgestaltung des Hauses wurden geschildert. Jedes einzelne Mitglied soll auf seinen eigenen Namen, auf eigenem Boden bauen und hat damit das volle Verfügungsrecht über seinen Vermögenswert. Eine Bau- und Finanzberatung soll geschaffen werden, die die Interessen jedes einzelnen bei den Behörden wahrnimmt und das Bauen auf wirtschaftliche Grundlage stellt.

Das Karlsruher Schwurgericht verhandelte am Donnerstag hinter verschlossenen Türen über einen umfangreichen **Abtreibungsfall**, in den nicht weniger als 24 Personen aus der Brettener Gegend (meist aus Bauerbach, sodann aus Gondelsheim, Büchig und Neibsheim) verwickelt waren. Als Hauptangeklagter erschien der 49 Jahre Taglöhner Ludwig **Michael** aus Gondelsheim, der wiederholt wegen Bilderns vorbestraft ist und auch im Jahr 1924 wegen Abtreibung und Beihilfe in 5 Fällen 1 Jahr 5 Monate Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust erhielt. Im jetzigen Verfahren wurde ihm zur Last gelegt, daß er sich in 7 Fällen des vollendeten und in 4 Fällen des versuchten Verbrechens der Abtreibung an fremden Personen schuldig machte und sich dafür mit Geld, Lebensmitteln und Geschenken entlohnen ließ. Das Treiben des Angeklagten, das über zahlreiche Familien Unheil brachte, soll auch den Tod eines jungen Mädchens, der 24jährigen Hilda **Mensemer** aus Bauerbach, verursacht haben. Um 9 Uhr abends wurde das **Urteil** verkündet. Es lautete gegen Ludwig Michael auf 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Das Gericht hielt die Gewerbsmäßigkeit für erwiesen und hegte auch keinen Zweifel, daß der Angeklagte bei seinen Abtreibungshandlungen der jungen Mensemer die tödliche Verletzung beigebracht hat. Eine Frau Reimayer, die als frühere Krankenpflegerin die anderen von dem Kurpfuscher hätte fernhalten sollen, erhielt 9 Monate Gefängnis, während ihr Ehemann 6 Monate, Frau Michael 3 Monate erhielten. Gegen die übrigen 20 Personen ließ das Schwurgericht unter Anwendung des neuen Gesetzes weitgehende Milde walten und sprach je nach Lage des Falles Gefängnisstrafen von 2 Wochen bis zu 4 Monaten aus. — Wenn, so heißt es in der Urteilsbegründung, in einem Bezirke ein gewerbsmäßiger Abtreiber sein Unwesen treibt, dann besteht die große Gefahr, daß viele Leute zur Abtreibung kommen, die sonst nie daran gedacht hätten. Ein solch gemeingefährliches Beginnen bedeutet aber auch eine überaus große Gefahr für das Leben und die Gesundheit der Mitmenschen, wie es sich an dem krassen Beispiel der Mensemer zeigt. Nur ein glücklicher Zufall wollte, daß nicht noch mehr Unheil angerichtet wurde. — Allen 20 Angeklagten, die ihr Geschick leichtsinniger Weise dem Michael auslieferten, billigte das Gericht Bewährungsfrist bis zum 1. Oktober 1930 zu.

Festwoche des Badischen Landestheaters. Das Badische Landestheater veranstaltet während der Karlsruher Herbsttage 1926 eine Festwoche, die am Sonntag, den 3. Oktober, durch „Die **Meistersinger** von Nürnberg" eröffnet wird. Die Aufführung wird durch Josef **Krips** musikalisch geleitet. Am Mittwoch, den 6. Oktober folgt die erste Wiederholung der **„Königin von Saba"** unter musikalischer Leitung von Dr. Heinz Knöll. Die dritte Aufführung der **„Zauberflöte"** geht am Freitag, den 8. Oktober in Szene. Als nächste Opernneueinstudierung folgt dann am Sonntag, den 6. Oktober, zum Abschluß der Festwoche Bizets **„Carmen"**. Die Aufführung dieser Oper, die von Josef Krips musikalisch geleitet wird, beginnt, um verschiedenen an die Theaterleitung gerichteten Wünsche Rechnung zu tragen, erst um 7 Uhr (nicht 6 Uhr), wie auf dem Festwochenplakat angegeben. Im Rahmen der Festwoche findet am Montag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr, in der städtischen Festhalle das I. der diesjährigen **Sinfonie-Konzerte** statt. Das Programm enthält zwei gewaltige sinfonische Werke der beiden großen Romantiker Schubert und Bruckner, und zwar vom Ersteren die in ihrem inneren Aufbau wie auch in den äußeren Ausmaßen gigantische Sinfonie in C-dur. Am Schluß steht die IV. Sinfonie von Anton Bruckner, die sogenannte „Romantische". Zwischen beiden Werken wird Direktor Franz Philipp eine große, in Karlsruhe noch unbekannte Orgelkomposition von Max Reger zur Aufführung bringen, nämlich Praeludium und Fuge in G-dur. Das Konzert wird etwa um 10 Uhr beendigt sein, so daß auswärtige Zuhörer noch bequem ihre Rückfahrtverbindungen erreichen können. Bei dieser Gelegenheit wird noch einmal auf die in diesem Jahre besonders verbilligte Platzmiete für sämtliche Sinfonie-Konzerte hingewiesen, deren Vermittlung die Vorverkaufskasse des Landestheaters besorgt.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Unteröwisheim** (Amt Bruchsal), 1. Okt. Gestern ist auch das dritte Opfer des unheilvollen Autozusammenstoßes vom vorletzten Mittwoch den qualvollen Verletzungen erlegen. Frl. Susanne **Brecht**, 29 Jahre alt, **starb** infolge der erlittenen Rückenmarks- und inneren Verletzungen.

DZ. **Oetigheim**, 1. Okt. Am nächsten Sonntag, den 3. Oktober, wird die **letzte Passionsaufführung** über die Oetigheimer Freilichtbühne gehen.

Breisach, 30. Sept. Wie die „Freib. Ztg." berichtet, wurde heute früh der 63 Jahre alte Zimmermann Hermann **Schäufele** in Hochstetten, als er von der Gendarmerie wegen einiger Delikte dem Bezirksamt Freiburg vorgeführt werden sollte, aber tätlichen Widerstand leistete, durch einen **Schuß tödlich verletzt**. Schächtele sollte auf Anordnung des Untersuchungsrichters in Freiburg vorgeführt werden, da er einer früheren Vorladung nicht Folge geleistet hatte. Schächtele hatte früher gedroht, er werde die Gendarmen niederknallen und die Türen seiner Wohnung verschließen. Als die Beamten die Tür aufzubrechen versuchten, stach Schächtele mit einem spitzen Florett durch das Schlüsselloch, er drohte außerdem mit Handgranaten zu werfen. Als einer der Gendarmen beobachtete, daß Schächtele eine einer Bombe ähnlichen Büchse zum Fenster herauszuwerfen suchte, wollte er dies verhüten, indem er einen Schuß auf die Hand des Schächtele abgab. In diesem Augenblick aber schnellte Schächtele hoch, so daß er anstatt in die Hand, in den Kopf getroffen wurde und bald darauf starb.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	29. September		30. September	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	167,91	168.34	167.98	168.40
Kopenhagen 100 Kr.	111.35	111.63	111.38	111.66
Italien . . 100 L.	15.75	15.79	15.78	15.82
London . . 1 Pfd.	20.345	20.395	20.348	20.398
Newyork . . 1 D.	4.1935	4.2035	4.1935	4.2035
Paris . . 100 Fr.	11.80	11.84	11.91	11.95
Schweiz . 100 Fr.	81.04	81,24	81.08	81.28
Wien 100 Schilling	59.215	59.355	59.20	59.34
Prag . . 100 Kr.	12.417	12.457	12.416	12.456

Das kontinentale Stahlkartell perfekt. Bei den Verhandlungen der Vertreter der vier an dem Abschluß des Stahlkartells interessierten Länder, Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg, ist man am Donnerstag zu einer Einigung gelangt. Die in Brüssel stattgefundenen Erörterungen drehten ch zuletzt ausschließlich um die belgischen Forderungen. Die belgischen Industriellen beanspruchten 295 000 Tonnen von der monatlichen Erzeugung anstatt der vorgeschlagenen 265 000 Tonnen. Belgien setzte seinen Standpunkt durch. Die kontinentale Rohstahlgemeinschaft soll mit Wirkung vom 1. Oktober in Kraft gesetzt werden. Der Sitz des Trusts wird in Luxemburg sein. Zum Präsidenten wurde Emil Mayrisch-Luxemburg gewählt.

Preiserhöhung für Ruhrkohlen. Das Ruhrkohlensyndikat hat am Donnerstag eine Erhöhung der **Magerkohlenpreise** beschlossen, die unter Vorbehalt der Genehmigung der Berliner Stellen ab 1. Oktober in Kraft treten soll. Die Erhöhung beträgt für sämtliche Brikettsorten M. 2.25, für gewaschene Magerfeinkohle und Anthrazitfeinkohle (westliches Revier) M. 1.50, für Eß- und sonstige Magerfeinkohle M. 2.—, alles per Tonne.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 2. Oktober bis 12. Oktober 1926

a) Im Landestheater:

Samstag, 2. Okt. ✱ B 2 Th.-Gem. 801—900. Zum 1. Mal: **Der Zerrissene.** Posse in 3 Akten von Johann Nestroy. 8 bis n. 10 (5.—).

Sonntag, 3. Okt. Beginn der Festwoche des Bad. Landestheaters. ✱ Außer Miete (Erstes Vorrecht Platzmiete B). **Die Meistersinger von Nürnberg.** 5 bis n. 10 (7.—).

Montag, 4. Okt.: ✱ Volksbühne 1. **Die Verschwörung des Fiesco zu Genua.** 7½—10½ (5.—).
Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.

Dienstag, 5. Okt. ✱ C 2 Th.-Gem. 901—1000. **Der Geizige. Die Heirat wider Willen.** 8—10¼ (5.—).

Mittwoch, 6. Okt. ✱ E 2 Th.-Gem. 1001—1100 **Die Königin von Saba.** 7½ bis n. 10 (7.—).

Donnerstag, 7. Okt. ✱ D 4 Th.-Gem. 1101—1200. **Der Zerrissene.** 8—10¼ (5.—).

Freitag, 8. Okt. ✱ G 2 (Donnerstagsmiete nicht Freitagsmiete) Th.-Gem. II. S.-Gr. **Die Zauberflöte.** 7½—10½ (7.—).

Samstag, 9. Okt. ✱ A 3 Th.Gem. III. S.-Gr. Neueinstudiert: **Hamlet, Prinz von Dänemark** von Shakespeare. 7 bis gegen 11. (5.—).

Sonntag, 10. Okt. Außer Miete (Erstes Vorrecht Miete C) Neueinstudiert: **Carmen** von Georges Bizet. 7—10¼ (7.—).

Montag, 11. Okt. ✱ Volksbühne 2 **Der Geizige. Die Heirat wider Willen.** ½8—10¼ (5.—).
Der IV. Rangist für den allgem. Verkauf freigehalten.

Dienstag, 12. Okt. ✱ B 3 Th.-Gem. 1200—1300 **Der Mikado** 8—10¾ (7.—).

b) Im städtischen Konzerthaus:

Sonntag, 3. Okt. ✱ **Der Retter.** 7½—9½ (4.—).

Sonntag, 10. Okt. ✱ Zum erstenmal: **Die fünf Karnickel.** Ein ländlicher Schwank in drei Akten von Julius **Pohl.** 7½ bis geg. 10 (4.—).

c) In der städt. Festhalle:

Montag, 4. Okt. Th.-Gem. I. u. II. S.-Gr. II. Sinfoniekonzert des Bad. Landestheater-Orchesters. Leitung: Josef Krips. Solist: Franz Philipp (Orgel). 8 bis geg. 10 (4.20). Werke von Schubert, Reger und Bruckner.

Mietpreise für 10 Sinfoniekonzerte 11.—, 17.—, 20.—, 23.—, 26.—, 27.—, 30.—, 34.—. Zahlbar in 2 Raten.

Vorrecht. a) bei Mietvorstellungen Umtausch für Inhaber von Blockheften jeweils ab Samstag nachmittags 3½ bis 5 Uhr.

b) für Vorstellungen außer Miete Vorrecht der Platzmieter mit 10 Proz. Nachlaß auf die Tagespreise jeweils Samstag vormittags von 9½—12 Uhr. — Die im Wochenspielplan genannte Mietabteilung hat das erste Vorrecht, die übrigen von 10 Uhr ab. — Im ersten Vorrecht wird unter den Mietabteilungen abgewechselt.

c) Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.

Kartenverkauf. Vorverkaufskasse des Landestheaters. Fernspr. 6288. In der Stadt: Hauptverkaufsstellen Musikalienhandlung Fritz Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße, und Reisebüro Hermann Mehle, Kaiserstraße 141. Weitere Verkaufsstellen: Zigarenhandlung Fr. Brunnert, Kaiserallee 29 und Kaufmann Karl Holzschuh, Werderplatz 48.

Staatsanzeiger

Am 3. Oktober treten infolge der im Winterfahrplanabschnitt erforderlichen Fahrplaneinschränkungen zum Teil erhebliche Änderungen im Fahrplan ein. Auf diesen Zeitpunkt werden daher der Taschenfahrplan der Reichsbahndirektion und das grüne Kursbuch neu erstellt.

Bei dem Eisenbahnausbesserungswerk Karlsruhe werden noch Bewerbungen um Lehrlingsstellen im Schlosser-, Dreher-, Schmiede und Kesselschmiede-Handwerk für das Jahr 1927 angenommen.

Die Bewerbungsschreiben müssen enthalten: das gewählte Handwerk, des Bewerbers Zuname, Vorname, Geburtstag, Geburtsort und Wohnort; die zuletzt besuchte Schule und Klasse sowie des Vaters oder gesetzlichen Vertreters Name, Stand, Wohnort und Wohnung. Die Bewerbungen sind bis spätestens 15. Oktober 1926 an das Eisenbahnausbesserungswerk Karlsruhe zu senden.

Die Einstellung der Bewerber, die nach dem Ergebnis der Eignungsprüfung und nach den Tauglichkeitsvorschriften zur Aufnahme in Betracht kommen, erfolgt voraussichtlich zum 15. April 1927.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Zuruhegesetzt:

Gendarmeriewachtmeister Adolf **Dornberger** in Buchen, Gendarmeriewachtmeister Georg **Rinker** in Sinsheim.

Justizministerium

Zugelassen als Rechtsanwalt:

Landeskommissär a. D. Karl von **Witzleben** beim Landgericht Karlsruhe und der Kammer für Handelssachen in Pforzheim.

Verzichtet:

Rechtsanwalt Dr. Erwin **Dörzbacher** auf seine Zulassung beim Amtsgericht Boxberg.

Versetzt:

Justizoberinspektor Josef **Fuchs** beim Landgericht Karlsruhe zum Amtsgericht daselbst.

Rathaussaal
Sonntag, 3. Oktober, 8 Uhr
Heiterer Abend
Karlchen
Ettlinger aus München
liest aus eigenen Werken
Karten zu M. 3.—, 2.— und 1.50 bei
Kurt Neufeldt, Waldstr. 39

DER HERBST

findet uns für die Neue Saison gerüstet.

Wir haben unsere Läger in

Herren-, Damen-, Kinder-Moden
Sportbekleidung - Herren-Mass-Abteilung

mit den neuesten Erzeugnissen der

Herbst- u. Winter-Mode 1926/27

aufgefüllt und können jedem Anspruch, auch dem verwöhntesten dienen!

Unsere erleichterten Zahlungsbedingungen bleiben nach wie vor die denkbar günstigsten!

Auf der Ausstellung »Der Haushalt von 1926« Stand 95

Deutsche Bekleidungsgesellschaft DBG

Kronenstraße 40 KARLSRUHE Ecke Markgrafenstraße

Badisches Landestheater

Samstag, 2. Oktober 1926
*B 2 Th.-Gem. 801—900
Zum ersten Mal
Der Zerrissene
Posse in drei Aufzügen
von Johann Nestroy
In Szene ges. v. F. Baumbach

von Lips	Müller
Stifler	Kloeble
Spörner	Bockx
Wixer	Leitgeb
Madame Schleier	Noorman
Gluthammer	Hofbauer
Krautkopf	Herz
Kathi	Rademacher
Staubmann	Prüter
Anton	Gemmecke
Josef	Dr. Storz
Fritz	Graf
Knechte	Brand, Schneider, Graf

Anfang 8 Ende 10¼
Sperrsitz I 5.— Mk.
So. 3. Okt. Die Meistersinger
Konzerthaus Der Retter

Automechaniker oder Fahrlehrer

mit einer Einlage von M. 10 000.— gegen 1. Sicherheit gesucht. Wohnung vorhanden. Offerten unter F. 746 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Metallbetten

Kinderbett., Stahlmatr., günstig an Private. Katalog 1131 frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür).

Badische Lichtspiele * Konzerthaus

Auf vielseitigen Wunsch

DIE NIBELUNGEN

DECLA UFA FILM

REGIE FRITZ LANG

I. Teil: **Siegfried** vom 2.—6. Oktober
II. Teil: **Kriemhilds Rache** vom 9.—13. Oktober
täglich 8 Uhr abends
Samstags u. Mittwochs auch 4 Uhr nachm. Sonntags nur 3½ Uhr nachm.

Musikalische Begleitung: **Polizeikapelle**
unter persönlicher Leitung des Herrn Obermusikmeisters Heisig

Vorverkauf: Musikhaus **Müller,** Kaiserstraße. **Preise:** M. 0.60, 0.80, 1.—, 1.30, 1.60, 1.80. **Doppelkarten** für **beide** Teile gültig **nur** im Vorverkauf M. 1.—, 1.20, 1.60, 2.—, 2.60, 3.—. Studierende, Schüler und Erwerbslose gegen Ausweis halbe Preise. F.751

Privathandelsschule Merkur
Karlstraße 13 Karlsruhe Karlstraße 13

Tages- und **Sprachschule der 1000 Worte** Abendkurse

F.749
Beginn 1. Oktober *Handelsfächer und Sprachen* Beginn 1. Oktober

Wahl der Bezirksräte und Kreisabgeordneten.

Einladung
zur Wahl der Bezirksräte und Kreisabgeordneten des Amtsbezirks Karlsruhe.

Nach § 6 der Kreiswahlordnung (K.W.O.) vom 17. September 1926 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 199) hat die Neuwahl der Kreisabgeordneten gemeinsam mit der Wahl der Bezirksräte und mit den unmittelbaren Gemeindewahlen (in kleinen Gemeinden bis zu 200 Einwohnern mit den Gemeinderatswahlen, in den übrigen Gemeinden mit den Gemeindeverordnetenwahlen) stattzufinden. Der Wahltag für diese **gemeinsame** Neuwahl ist vom Herrn Minister des Innern auf

Sonntag, den 14. November 1926,

festgesetzt worden. H780

Im Amtsbezirk Karlsruhe sind zu wählen 18 Bezirksräte und 31 Kreisabgeordnete.

Wahlberechtigt sind alle Deutschen, die das zwanzigste Lebensjahr vollendet und am Wahltag seit sechs Monaten auf der Gemarkung der Gemeinde ihren Wohnort haben, sofern ihr Wahlrecht nicht ruht.

Wählbar sind die im Amtsbezirk wohnhaften, mindestens 25 Jahre alten Wahlberechtigten, deren Wahlrecht nicht ruht (§ 15 der Gemeindeordnung). Wählbar ist auch, wer die Wahlberechtigung in den der Wahl vorangehenden 6 Monaten durch Wechsel des Wohnorts innerhalb des Kreisgebiets verloren hat.

Die Vorgeschlagenen sind auf dem Stimmzettel in zwei Abteilungen mit den Aufschriften **„Bezirksräte"** und **„Kreisabgeordnete"** zu bezeichnen.

Der Stimmzettel für die Bezirksrats- und Kreisabgeordnetenwahlen darf nur Namen von je einer der für diese Wahlen festgestellten Wahlvorschlagslisten enthalten; die Aufnahme von Namen aus verschiedenen Vorschlagslisten oder von Namen, die auf keiner Vorschlagsliste stehen, macht den Stimmzettel für die betreffende Wahl ungültig.

Die Wahlberechtigten werden aufgefordert, bei dem unterzeichneten Bezirkswahlleiter (Bezirksamt Zimmer Nr. 33) bis zum
Donnerstag, den 28. Oktober 1926, nachmittags 4 Uhr,
getrennte Wahlvorschlagslisten für die Wahl der Bezirksräte und Kreisabgeordneten einzureichen. Die Wahlvorschlagslisten dürfen nicht mehr als doppelt so viel Namen und sollen mindestens ebensoviel Namen enthalten als Bezirksräte und Kreisabgeordnete im Wahlbezirk zu wählen sind. Sie müssen von **sechs** in die Wählerlisten des Wahlbezirks aufgenommenen Personen unterzeichnet sein.

In den Wahlvorschlagslisten sind die Bewerber in erkennbarer Reihenfolge mit Zu- und Vorname aufzuführen; ihr Stand, Beruf und Wohnort sind so deutlich anzugeben, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht.

Die Wahlvorschlagslisten müssen erkennen lassen, von welcher Partei oder Wählergruppe sie herrühren. In gemeinsamen Wahlvorschlagslisten mehrerer Parteien oder Wählergruppen muß außerdem angegeben werden, welcher dieser Partei oder Wählergruppe der einzelne Bewerber angehört. In mehr als einer Liste darf sich kein Bewerber vorschlagen lassen.

Mit der Wahlvorschlagsliste sind einzureichen:
a) die Erklärung der Bewerber, daß sie der Aufnahme ihrer Namen in die Wahlvorschlagsliste zustimmen,
b) die Bescheinigung der Gemeindebehörde, daß die Bewerber wählbar sind,
c) die Bescheinigung der Gemeindebehörde, daß die Unterzeichner der Wahlvorschlagsliste in die Wählerliste aufgenommen sind.

Die Bescheinigungen zu b und c werden von den Gemeinden gebührenfrei ausgestellt.

Die Unterzeichner einer Liste haben bei der Einreichung **einen Vertrauensmann** und **einen Stellvertreter** aus ihrer Mitte zu benennen, die zu ihrer Vertretung dem Bezirkswahlleiter gegenüber insbesondere auch zur Zurücknahme und Änderung der Wahlvorschlagsliste als ermächtigt gelten. Fehlt es an einer solchen Benennung, so gilt der **erste Unterzeichner** als Vertrauensmann, der zweite als **Stellvertreter.** In gemeinsamen Vorschlagslisten mehrerer Parteien oder Gruppen ist kenntlich zu machen, welcher dieser Parteien oder Wählergruppen die einzelnen Vertrauensmänner angehören. Bei den Vertrauensmännern ist ihre Wohnung ersichtlich zu machen.

Karlsruhe, den 30. Sept. 1926. O.-Z. 195
Der Bezirkswahlleiter für den Amtsbezirk Karlsruhe.

COLOSSEUM

Heute Freitag, abends 8 Uhr und folgende Tage
Berliner Gastspieltheater
„Der fröhliche Weinberg"

Sonntag, den 3. Oktober, 4 Uhr nachmittags
Große Fremdenvorstellung.

Vorverkauf im Zigarrenhaus **Meyle,** Ecke Waldstraße und Kaiser-Passage F.753

Jugendliche unter 17 Jahren haben keinen Zutritt.

Bekanntmachung.

H.778. **Karlsruhe.** Im Konkurs über das Vermögen des Holzhändlers **Peter Olsen,** Karlsruhe, Maxaustraße 36, soll mit Genehmigung des Konkursgerichts die Schlußverteilung erfolgen. Nach Befriedigung der bevorrechtigten Forderungen sind für die gewöhnlichen im Gesamtbetrage von RM. 3 932,86 noch RM. 196,40 verfügbar. Das Schlußverzeichnis liegt auf der Gerichtsschreiberei A 3 des Bad. Amtsgerichts Karlsruhe zur Einsicht aus.

Karlsruhe, 29. 9. 1926.
Der Konkursverwalter:
Carl Nagel.

Gemeinde-Sparkasse Langensteinbach.

Bilanz per 31. Dezember 1925.

Aktiva.	RM
1. Hypotheken	84 710.—
2. Schuldscheindarlehen gegen Bürgschaft	24 769.32
3. Wechseldarlehen	2 212.—
4. Darlehen in laufender Rechnung	
a) bei Banken, Girozentralen	10 109.64
b) bei Privaten	17 539.32
5. Einnahme-Rückstände	4 034.09
6. Barbestand	2 435.07
7. Gerätschaften	1.—
	145 811.44

Passiva.	RM
1. Guthaben der Einleger	
a) Sparguthaben	76 037.46
b) Giroguthaben	4 012.07
2. Anlehenskapitalien	56 000.—
3. Ausgaben-Rückstände	4 035.12
4. Reinvermögen	5 726.79
	145 811.44

Gewinn- und Verlustrechnung.

Soll.	RM
Zinsen für Einlagen	5 280.99
Zinsen und Kosten für andere Schulden	4 662.65
Verwaltungskosten	3 875.80
Reingewinn für 1925	2 954.32
	16 773.76

Haben.	RM
Zinsen von Aktivkapitalien	15 352.90
Gebühren und sonstige Einnahmen	1 420.86
	16 773.76

Langensteinbach, den 1. September 1926.
Schöpfle, Vorsitzender. Becker, Geschäftsleiter. H.779

Hypothekengelder

an erster Stelle beschafft **W. Retzer, Mannheim,** R 1, 12. [F.720

Erd- und Gleisbauarbeiten für den neuen Betriebsbahnhof Heidelberg werden öffentlich vergeben: 1000 cbm Abtrag, 4300 m Gleisbettherstellung mit Sickerungen, 4400 m Gleis, 19 Weichen und 5000 cbm Schottereinbau. Pläne und Vertragsbedingungen liegen an Wochentagen zwischen 8 und 12 Uhr vormittags bei mir zur Einsicht auf. Gegen Einsendung von 4,50 RM. können Bedingnishefte — soweit Vorrat reicht — bezogen werden (jedoch keine Pläne). Angebote sind verschlossen, postfrei mit entsprechender Aufschrift bis spätestens **16. Okt. 1926, vormittags 10 Uhr,** einzureichen. Zuschlagsfrist 30. Oktober 1926. H.777
Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft. Vorstand der Bauabteilung Heidelberg
Diensträume: Neues Güteramtsgebäude).